

Internationaler Aktionstag zur Frauengesundheit / Teilhabe im Gesundheitswesen

SoVD: Diskriminierung endlich beenden

Eigentlich sollten alle Menschen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitswesen haben. Doch gerade Mädchen und Frauen mit Behinderung sind hier mit gravierenden Benachteiligungen konfrontiert. Zu vielen Arztpraxen oder medizinischen Informationen haben sie keinen Zugang, da es an Barrierefreiheit mangelt. Anlässlich des internationalen Aktionstags zur Frauengesundheit am 28. Mai fordert der SoVD in Niedersachsen deshalb, die Diskriminierung der Betroffenen endlich zu beenden.

Mädchen und Frauen mit einer Behinderung werden in Deutschland nach wie vor an zahlreichen Stellen benachteiligt – so unter anderem auch im Gesundheitswesen. „Das fängt damit an, dass Praxen nicht barrierefrei zugänglich sind und zum Beispiel Röntgengeräte oder auch Untersuchungsliegen aufgrund der Behinderung nicht genutzt werden können“, erläutert Roswitha Reiß, Landesfrauensprecherin in Niedersachsen. Zudem fehle es an entsprechenden Informationen in einfacher Sprache, damit Aufklärungsgespräche verständlich geführt werden können. „Nur, wenn auch die Kommunikation barrierefrei ist, können Betroffene ihr Recht auf Selbstbestimmung wahrnehmen“, so Reiß weiter.

Aus Sicht des SoVD hätte in dem Bereich schon viel mehr passieren müssen. „Die UN-Behindertenrechtskonvention, die unter anderem festlegt,

dass Menschen aufgrund ihrer Behinderung auch im Gesundheitsbereich nicht diskriminiert werden dürfen, ist seit 2009 geltendes Recht in Deutschland. Dass wir an dieser Stelle noch nicht weiter sind, ist ein Armutszeugnis“, betont die Landesfrauensprecherin.

Frauen und Mädchen mit Behinderung erfahren aufgrund ihres Geschlechts und ihrer Beeinträchtigung eine mehrfache Diskriminierung. Selbstbestimmung im gesundheitlichen Bereich spielt gerade für Mädchen und Frauen mit Behinderung jedoch eine besondere Rolle. Niedersachsens größter Sozialverband fordert daher, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention viel stärker voranzutreiben, die Barrierefreiheit für Arztpraxen, Therapieeinrichtungen und Krankenhäuser flächendeckend einzuführen sowie Beratungs- und Aufklärungsgespräche in verständlicher Weise anzubieten.



Foto: stokkete / Adobe Stock

Auch im Gesundheitswesen ist die Teilhabe aller Menschen nicht gewährleistet, bemängelt der SoVD. Besonders Frauen mit Behinderung würden in vielen Fällen noch immer benachteiligt, so der Verband.

Auch nach dem 9-Euro-Ticket müssen Menschen mit kleinem Einkommen entlastet werden

SoVD fordert Sozialticket für ÖPNV

Seit dem 1. Juni gilt in ganz Deutschland das 9-Euro-Ticket. Damit soll die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) attraktiver gemacht werden. Doch schon jetzt werden Befürchtungen laut, dass die Fahrkarten nach dem Auslaufen des Angebots teurer werden könnten. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb die Einführung eines flächendeckenden Sozialtickets für Menschen mit geringem Einkommen.



Foto: drazen_zigic / Adobe Stock

Die Fahrpreise für den ÖPNV unterscheiden sich von Ort zu Ort. Vor Einführung des 9-Euro-Tickets mussten viele Menschen in Niedersachsen beispielsweise für Monatskarten hohe Kosten tragen.

Wer in Niedersachsen Bus und Bahn nutzen möchte, muss zum Teil tief in die Tasche greifen. In Oldenburg kostet eine Monatskarte rund 60 Euro, in Hannover – je nach Zone – sogar über 100 Euro. „Diese Preise sind für Menschen mit geringem Einkommen unerschwinglich. Wer zum Beispiel Hartz IV bezieht, hat für den ÖPNV monatlich nur 25 Euro zur Verfügung. Wie sollen die Betroffenen das bezahlen?“, so Bernhard Sackarendt, Landesvorsitzender des SoVD in Niedersachsen.

Um die Menschen angesichts allgemein gestiegener Kosten zu entlasten, hat die Bundesregierung im Rahmen ihres Entlastungspakets für Juni, Juli und August die Einführung des 9-Euro-Tickets beschlossen. Damit kann jedes Fahrzeug des ÖPNV genutzt werden – beliebig oft und deutschlandweit. Das 9-Euro-Ticket sei zwar prinzipiell

eine gute Idee, führe aber nicht zu einer dauerhaften Entlastung und einer verstärkten ÖPNV-Nutzung. „Für Senior*innen mit einer kleinen Rente, Familien mit geringem Einkommen oder auch Bezieher*innen von Arbeitslosengeld muss es deshalb ein Sozialticket geben“, fordert Sackarendt. In einigen niedersächsischen Kommunen wurde dies zwar bereits schon eingeführt, allerdings nicht einheitlich in ganz Niedersachsen. „Es kann nicht sein, dass es von meinem Wohnort abhängig ist, ob ich mir Fahrten mit Bus und Bahn leisten kann“, kritisiert der niedersächsische SoVD-Chef weiter. Die Kommunen müssten dringend an dieser Stellschraube drehen, damit die Einführung des 9-Euro-Tickets kein Strohfeuer bleibt, sondern die ÖPNV-Nutzung nachhaltig vorangetrieben wird: „Ansonsten ist finanzielle Armut auch immer Mobilitätsarmut.“